



WAHLPROGRAMM ZUR KOMMUNALWAHL 2021



ZUKUNFT MACHEN
WIR ZUSAMMEN

GRUENE-HOCHTAUNUS.DE

Inhalt

Einleitung	2
Klima und Umwelt	4
Mobilität und Wohnen	14
Gesundheit	22
Schule und Bildung	26
Kinder, Jugend und Familie	31
Frauen und Gender	35
Inklusive Gesellschaft	38
Tourismus, Kultur und Sport	44
Finanzen	49

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2021
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Hochtaunus

Einleitung

Wir GRÜNE stehen für eine inklusive, vielfältige und gerechte Demokratie. In einer immer diverser werdenden Gesellschaft sehen wir die Aufgabe, Unterschiede anzuerkennen und Chancengleichheit zu schaffen. Demokratie ermöglicht ein gesellschaftliches Wir, das nicht in Interessen Einzelner auseinanderfällt. Sie wird reicher durch die Wertschätzung der verschiedenen Menschen mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen.

Klimagerechtigkeit bedeutet für uns GRÜNE, dass wir jetzt eine umfassende Kehrtwende hin zu einem sozialökologischen Wandel in allen Sektoren brauchen. Diesen Wandel wollen wir auf allen Ebenen vorantreiben und gestalten. Auch Entscheidungen im Hochtaunuskreis haben direkte und indirekte Auswirkungen und sollen Teil des sozialökologischen Wandels sein. Dazu gehört auch ein verantwortungsvoller Umgang des Kreises mit seinen Mitarbeiter*innen. Wir setzen auf Fachkräfte für die verantwortungsvollen Tätigkeiten in den kreiseigenen Betrieben und darauf, dass diese angemessen vergütet werden.

Der Hochtaunuskreis sollte vielmehr ein Dienstleister für seine Einwohner*innen und Kommunen sein. Dazu muss er sich auch moderner aufstellen und die Digitalisierung auf allen Ebenen verbessern. Eine gute Breitband-Internet- Abdeckung nur in der Statistik ist keine Hilfe für die Wirtschaft in der Region und stellt in Zeiten zunehmender Arbeit von Hause einen echten

Wettbewerbsnachteil dar. Gleichzeitig müssen Prozesse in der Verwaltung nicht nur vom Papier in den Computer gebracht, sondern dabei auch optimiert werden, damit bei der Digitalisierung ein echter Mehrwert entsteht.

Diese Digitalisierung kann sogar zur Verbesserung unserer demokratischen Strukturen beitragen. Durch freien und unkomplizierten Zugang zu Informationen wird politisches Handeln transparenter. Interessierte Einwohner*innen können auf Grundlage dieser Informationen Ideen entwickeln und zum demokratischen Prozess beitragen. Beschlossene Maßnahmen können effektiver wirken, da sie ein breiteres Publikum erreichen und somit bekannter werden.

Nicht nur für diejenigen, die sich noch nicht am aktiven demokratischen Prozess durch Wahl beteiligen können, müssen Beteiligungsmöglichkeiten ausgebaut werden. Durch ein Jugendparlament sollen Jugendliche eine demokratische Stimme im Kreis bekommen und eine Bürger*innen-Sprechstunde soll eine direkte Möglichkeit schaffen, Ideen ohne Umwege einzubringen und in direkten Kontakt mit der Politik vor Ort zu treten.

In unserem vorliegenden Wahlprogramm erläutern wir GRÜNE, wie wir uns in unserem Kreis einer inklusiven, vielfältigen und gerechten Gesellschaft annähern wollen. Wir legen dar, aus welchen Gründen und mit welchen Zielen wir im Einzelnen für die Gemeinschaft antreten und mit welchen Forderungen wir diese Ziele erreichen wollen.

Klima und Umwelt

Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Leitlinie unserer GRÜNEN Politik. Wenn wir durch unser Handeln die ökologischen Belastungsgrenzen in Bereichen wie Artenvielfalt, Klimaerhitzung oder Meeresversauerung überschreiten, sind die Stabilität unseres Ökosystems und die Lebensgrundlagen der Menschen insgesamt gefährdet. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, uns durch technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zum Wohle der Menschen so nachhaltig weiterzuentwickeln, dass wir unsere Lebensgrundlagen bewahren und den Weg in die ökologische Moderne einschlagen. Viele Grundlagen dafür müssen bereits auf regionaler und kommunaler Ebene gelegt werden. Deswegen setzen wir GRÜNE uns im Hochtaunuskreis für einen konsequenten Schutz von Klima und Umwelt ein.



Klimaschutz braucht oberste Priorität

Die Häufung von Extremwetterlagen wie Hitzesommer, ausbleibende Niederschläge, Stürme und Starkregeneignisse deuten darauf hin, dass die Klimakrise bereits bei uns angekommen ist. Deswegen ist ein Bewusstsein um die Wichtigkeit der Aufgaben unerlässlich. Wir GRÜNE kämpfen dafür, die ökologische Existenzgrundlage der Gesellschaft zu sichern.

Um die wichtigen Klimaschutzmaßnahmen effektiv und nachhaltig in allen Bereichen umzusetzen, bedarf es einer koordinierten Vorgehensweise und gründlicher Planung. Diese muss auf klare von der Politik formulierte Ziele hinarbeiten. Wir GRÜNE fordern konkrete Klimaschutzziele, die zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens und damit zur Begrenzung der Erderwärmung auf bestenfalls maximal 1,5°C geeignet sind. Das heißt: Wir fordern, dass der Hochtaunuskreis die aussagefähige Klimabilanz jährlich fortführt und Maßnahmen beschließt, die geeignet sind, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2035 bilanziell auf null zu reduzieren. Der Hochtaunuskreis braucht endlich einen Klimaschutzmanager. Eine langjährige Grüne Forderung, die sogar zwischen 65 und 90 Prozent bezuschusst wird. Das Klimaschutzkonzept soll von dieser/diesem Klimaschutzmanager*in für den Kreis aufgestellt, begleitet und überwacht werden, die/der Einblick in alle relevanten Vorgänge hat. Ein wichtiger Beitrag des Hochtaunuskreises wird dabei sein, zu einer 100%-Erneuerbare-Energie-Region zu werden. In Hessen haben sich schon etliche Landkreise und Kommunen der Initiative 100%-Erneuerbare-Energie-Regionen angeschlossen. Ziel ist die Vernetzung und der wichtige Informationsaustausch untereinander,

um die Energieversorgung langfristig auf erneuerbare Energien umzustellen. Der Kreis sollte Mitglied werden, damit er von der Initiative profitieren kann. Unabhängig von der Einstellung einer Klimaschutzmanager*in fordern wir GRÜNE daher bis 2023 einen verbindlichen Fahrplan zu entwickeln, wie dieser Schritt bis 2033 abgeschlossen werden kann. Dieser Fahrplan soll neben der Darstellung nötiger Maßnahmen und ihrer Auswirkungen auf die Treibhausgasbilanz auch die eingesparten Kosten sowie mögliche Gewinne für die kommunalen Haushalte darstellen.

Die Erzeugung aller Arten von erneuerbaren Energien vor Ort (u.a. Windenergie, Photovoltaik, Biogas) hat dabei ein besonderes Gewicht. Der Kreis soll dabei die Möglichkeiten in seinem Verantwortungsbereich ebenso nutzen, wie die Kommunen beim Ausbau unterstützen. Nur so kann die Akzeptanz für die Erzeugung von erneuerbaren Energien vor Ort erreicht werden.

Das Klima wird sich weiter ändern – wir müssen vorbereitet sein

Aber auch auf die Folgen der Klimakrise müssen wir uns jetzt schon vorbereiten. Um der Überhitzung in urbanen Bereichen entgegenzuwirken, müssen daher verstärkt Schatten- und Grünflächen geschaffen sowie Wand- und Flächenbepflanzungen hergestellt werden. Dies ist bei kreiseigenen oder zugehörigen Gebäuden und Grundstücken durchzuführen und ebenfalls bei Bauplanungs- und Genehmigungsverfahren mit einzubeziehen, sofern dies in der Zuständigkeit des Hochtaunuskreises liegt. Der Kreis muss zudem seiner Verantwortung als Überwachungsbehörde bei Grünflächenplanung und Ausgleichsmaßnahmen konsequent

nachkommen. Weitere Maßnahmen sollten in einem Hitzeplan festgeschrieben werden, so dass wir auf die Veränderungen der nächsten Jahre vorbereitet sind.

Auch für den Brand- und Katastrophenschutz entstehen durch die Klimakrise zusätzliche Belastungen. Neben der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung in Notsituationen ist hier insbesondere der überörtliche Brandschutz mit abwehrenden und vorbeugenden Funktionen betroffen. Die Gefährdungssituation hat sich durch die vergangenen Dürrejahre bereits verschärft. Wald- und Flächenbrände werden in Zukunft ebenso häufiger auftreten wie extreme Unwetter mit Stürmen und Starkregen. Darauf müssen wir vorbereitet sein.

Der Wald prägt unseren Kreis – wir müssen ihn schützen

Ein Ausflug in den schönen Naturpark Taunus und ein Blick in unsere Wälder führt jedem vor Augen, welche gravierenden Auswirkungen die Sommer der letzten Jahre auf unseren Wald hatten. Gebeutelt von Trockenheit und Borkenkäfer sind ganze Waldabschnitte kaum wiederzuerkennen. Wir fordern, dass die untere Naturschutzbehörde des Kreises die Städte und Kommunen aktiver in ihren Bemühungen unterstützt, den Wald für die nächsten Generationen zu gestalten und gegenüber den Herausforderungen von steigenden Temperaturen und langen Trockenperioden widerstandsfähiger zu machen.

Eine große Rolle dabei spielt auch der Naturpark Taunus, der mit der Zielsetzung einer nachhaltigen Regionalentwicklung sowie

Naturschutz und Landschaftspflege angetreten ist und zu fast 50% aus Wäldern besteht. Wir befürworten eine Erweiterung der Landschafts- und Naturschutzgebiete. Im Rahmen der Initiative „Runder Tisch Wald“ fordern wir GRÜNE daher, dass die untere Naturschutzbehörde des Kreises aktiver zum Schutz und zum Erhalt sowie zur Weiterentwicklung der Waldbestände im Kreis beiträgt.



Wasser ist unser Lebenselixier – und es wird knapp

In den letzten Jahren ist es bereits in vielen Städten und Gemeinden im Hochtaunuskreis zu einem Wassernotstand gekommen, bei dem Trinkwasser nicht für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung entnommen werden durfte, um die Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Feuerwehr musste sogar in einem Teil des Kreises für mehrere Tage eine Behelfsversorgung mit Trinkwasser zur Verfügung stellen. Oft gingen diese Zustände von absinkenden Grundwasserspiegeln aus, die es immer schwieriger machen, Trinkwasser in ausreichendem Maße zu

fördern. Gleichzeitig führen die viel zu trockenen Sommer zu einem verminderten Eintrag in das Grundwasser. Anstatt hier jedoch nur bei konkretem Auftreten des Mangels mit Verboten und Einschränkungen zu reagieren, ist ein grundsätzliches Umdenken beim Wassermanagement wichtig. Um eine langfristige Sicherstellung der Wasserressourcen zu gewährleisten, ist eine effiziente Wassernutzung unerlässlich. Durch innerstädtische Nachverdichtung wird die natürliche Grundwasserneubildung in den Ortslagen verringert. Bebaute Flächen erwärmen das Grundwasser. Die bauplanerischen Prüfungen müssen dem eine höhere Gewichtung beimessen.

Dem Kreis kommt dabei in vielerlei Hinsicht eine wichtige Rolle zu. Wir GRÜNE fordern, dass die bisherigen Maßnahmen - z.B. Arbeitskreise zu Wasser- oder Klimaschutz - noch ausgebaut werden, damit der Erhalt der Grundwasserqualität und -quantität gesichert wird.

Wertstoffe sollten erhalten werden, nicht verbrannt

In Deutschland haben wir ein sehr ausgeklügeltes System zur Mülltrennung. Aber auch der getrennte und sortierte Müll muss am Ende irgendwohin und landet überwiegend in der Müllverbrennung. Und auch dort bleiben am Ende nicht verbrannte Bestandteile, wie Asche/Schlacke, Glas, Keramik/Porzellan und Bauschutt übrig. Insbesondere die Schlacke, die zwar in geringem Umfang als Ersatzbaustoff verwendet werden kann, stellt ein Risiko für unsere Umwelt dar und darf nicht mit Grundwasser in Berührung kommen. Am besten ist daher der Müll, der überhaupt nicht anfällt. Wir

liegen im Hochtaunuskreis mit einem jährlichen Aufkommen von 479 kg Hausmüll pro Kopf leicht über dem Hessendurchschnitt von 451 kg. Daher brauchen wir ein Abfallwirtschaftskonzept, das Vermeidung, Wiederverwendung, Reduktion und Verwertung in den Fokus stellt. Müllverbrennung darf nur das letzte Mittel sein. Wir GRÜNE wollen hier die Erfahrung anderer Landkreise wie zum Beispiel Darmstadt-Dieburg nutzen, um unseren Müll zu reduzieren.

Wichtig ist auch eine verantwortungsvolle Nachsorge. RMD und RMA sind wichtige Gesellschaften für die Abfallwirtschaft in den Hochtaunus-Kommunen. Wir GRÜNE fordern ein innovatives Abfallwirtschaftskonzept und bessere Recyclingstrukturen, damit vor allem Gewerbeabfälle besser getrennt und erfasst werden können. Nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz steht die Abfallvermeidung an erster Stelle. Wir GRÜNE verlangen, dass dieser Grundsatz im Hochtaunuskreis konsequent angewandt wird. Kreislaufwirtschaft ist eines der besten Beispiele für gemeinsame Interessen von Umweltschutz und Wirtschaft, denn der umweltfreundlichste Abfall ist der, der gar nicht erst entsteht und die günstigsten Rohstoffe sind die, die woanders als Abfall entstehen.



Wir wollen Lebensräume schützen und Biodiversität erhalten

Um unseren Lebensraum auch für die kommenden Generationen zu erhalten, müssen wir den Verlust an Artenvielfalt begrenzen. Einen wichtigen Beitrag dazu können Ausgleichsmaßnahmen bei zunehmender Bebauung leisten. Wo der Erhalt von wirtschaftlich ungenutzten, unversiegelten Flächen nicht möglich ist, ist eine Überwachung der erfolgreichen Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen unerlässlich. Dafür fordern wir GRÜNE, die Flächenversiegelung im Hochtaunuskreis zu begrenzen und der Überwachung einen höheren Stellenwert zukommen zu lassen. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass Auenlandschaften wiedererstehen können und in ausgeräumten Landschaften Feldraine mit Wildkräutern angelegt oder Inselgehölze mit einheimischen Büschen und Bäumen gepflanzt werden. All diese Maßnahmen schützen und fördern nicht nur die Biodiversität, sondern sorgen dafür, dass unsere Region attraktiv bleibt. Wir GRÜNE haben in der Vergangenheit schon erreicht, dass an den ersten Schulen Blühflächen angelegt wurden. Dies muss auf weitere Flächen in Zuständigkeit des Hochtaunuskreises ausgeweitet werden.



Tiere verdienen transparenten Schutz und unsere Umwelt eine ökologische Landwirtschaft

Tierschutz ist für uns ein wichtiges politisches und gesellschaftliches Anliegen. Die Aufnahme des Tierschutzes als Staatszielbestimmung im Artikel 20a des Grundgesetzes verpflichtet auch die kommunale Ebene, sich dafür einzusetzen. Wir GRÜNE engagieren uns daher für ein stärkeres Tierschutzbewusstsein, für die Unterstützung von Tierheimen und Tierschutzverbänden und wir wollen erreichen, dass Tierhaltung insgesamt reduziert wird und ansonsten auf artgerechte Haltung umgestellt wird. Tierschutz findet nicht in Büchern statt, sondern direkt vor Ort bei jedem einzelnen Tier. Hier zeigt sich, ob Gesetzestexte und Verordnungen tatsächlich Wirkung zeigen. Das bedeutet, dass neben den Vorschriften vor allem dem Vollzug eine besondere Beachtung geschenkt werden muss. Auf der kleinsten, der kommunalen, Ebene müssen Tiere vor Misshandlungen, Verwahrlosungen, Missbrauch und schlechten Haltungen geschützt werden. GRÜNE Tierschutzpolitik verfolgt deshalb das Ziel, für die Tiere und die kommunalen Haushalte effektive Maßnahmen zu identifizieren und zielstrebig umzusetzen. Durch präventive Maßnahmen und Koordination aller im örtlichen Tierschutz aktiv Beteiligten lässt sich viel Tierleid verhindern. Der Tierschutz ist neben der Lebensmittelüberwachung und dem Seuchenschutz bei Tieren eine von vielen Aufgaben des Veterinäramtes. Daher setzen wir GRÜNE uns für zusätzliches Personal im Veterinäramt ein, damit genug Zeit für eine ausführliche und regelmäßige Überwachung zur Verfügung steht.

In einem Tierschutzbericht vom Veterinäramt soll öffentlich über dessen Arbeit berichtet werden. Hierzu soll neben den

aktuellen Problemen und Erfolgen des Amtes über die Zahl der Kontrollen ebenso berichtet werden, wie über festgestellte Mängel und deren Konsequenzen. Ein Bericht über die Umsetzung der Tierschutztransportverordnung soll darüber hinaus über Maßnahmen zur Sicherstellung der Rechtskonformität bei Transporten innerhalb des Kreises wie bei Transitfahrten informieren.

Sowohl Tierwohl als auch Bodenschutz erfordern darüber hinaus einen Umstieg auf Ökolandbau. Wir GRÜNE fordern, dass der Hochtaunuskreis seiner Verantwortung als Modellregion Ökolandbau des Landes Hessen stärker nachkommt, um eine nachhaltige Landwirtschaft im Kreis zu fördern. Wir wollen die kleinräumige, bäuerliche Landwirtschaft erhalten, attraktiver machen und Landwirt*innen bei der Vermarktung regionaler und ökologischer Erzeugnisse unterstützen. Mit Betrieben, die ökologisch wirtschaften und Umwelt, Natur, Klima und das Tierwohl berücksichtigen, kann die regionale Versorgung mit Lebensmitteln gestärkt werden. Das schützt unsere Kulturlandschaft, fördert die biologische Vielfalt und erhält Arbeitsplätze vor Ort.



Mobilität und Wohnen

Das Rhein-Main-Gebiet zieht durch zahlreiche gut bezahlte Arbeitsplätze viele Menschen an. Wir leben im Hochtaunuskreis von diesen Arbeitsplätzen und profitieren davon. Die hohe Nachfrage und die hohe Zahlungsbereitschaft vieler Menschen führen allerdings dazu, dass Wohnraum in unserem Kreis, insbesondere im Vordertaunus, teuer ist. Einige Haushalte mit normalen und niedrigen Einkommen können damit kaum mithalten. Die Folge sind weite Pendelstrecken zu Schule und Arbeit, die leider oftmals nicht nur länger, sondern auch schlechter ausgebaut sind. Gerade der öffentliche Personennahverkehr erfüllt hier bei Weitem nicht die Anforderungen an eine moderne integrierte Verkehrsinfrastruktur. Ziel einer verantwortungsbewussten und vorausschauenden Kreispolitik muss sein, den Bedarf frühzeitig zu ermitteln und für kurze Wege zwischen Wohnort, Schulen und Arbeitsplätzen zu sorgen. Damit mehr Menschen in der Nähe ihres Arbeitsplatzes wohnen können, wollen wir GRÜNE, durch preisgünstigen Wohnraum im Ballungsgebiet, Ausbau des ÖPNV und Förderung von Arbeitsplätzen außerhalb der Ballungsräume den Verkehrsbelastungen unserer Region entgegenwirken und den Einwohner*innen mehr Zeit, Ruhe und bessere Luft verschaffen. Mobilität muss Menschen bewegen, das steht außer Frage. Dabei

sollten wir aber unsere Umwelt, unsere Lebensgrundlage, nur so wenig wie nötig schädigen. Wir leben in einer Zeit, in der Mobilität ohne Ausstoß von Luftschadstoffen oder Treibhausgasen durch Verbrennung fossiler Rohstoffe schon möglich ist. Trotzdem belastet insbesondere der motorisierte Individualverkehr auch hier im Hochtaunuskreis die Luft und das Klima. Wir sehen die Probleme, warum viele Menschen nicht auf den ÖPNV umsteigen und warum viele Menschen nicht das Fahrrad für den täglichen Weg zur Arbeit nutzen. Und wir GRÜNE wollen diese Hindernisse aus dem Weg räumen.

Die Menschen müssen im Hochtaunuskreis so einfach wie möglich an ihr Ziel kommen: schnell, zuverlässig, bequem, klima- und umweltfreundlich. Car-Sharing, Radverkehr, Elektromobilität und öffentlicher Nahverkehr sind die Zukunft der Mobilität. Es geht um neue Kombinationen aus Auto, Fahrrad, Bus und Bahn. Hier müssen Möglichkeiten geschaffen werden, damit viele Pendler*innen umsteigen können.



Schienenverbindungen sind das Rückgrat unseres Kreises

Die von den GRÜNEN bereits vor vielen Jahren geforderte Elektrifizierung der Taunusbahn ist zwar auf den Weg gebracht, aber der im Jahr 2016 vollmundig verkündete Termin Ende 2019 wurde deutlich verfehlt. Dann war Ende 2022 im Gespräch. Aber auch dieser Termin scheint unrealistisch, denn bei der Ausschreibung des RMV ist vorerst kein S-Bahnbetrieb bis Usingen vorgesehen. Ob die S-Bahn zum Fahrplanwechsel 2022/2023 ihren Betrieb aufnehmen kann, scheint mehr als ungewiss. Aus unserer Sicht wurde hier die längst überfällige Mobilitätswende fahrlässig verschleppt. Schon heute sind die Züge der Taunusbahn in Stoßzeiten überfüllt. Ein Fahrrad mitzunehmen ist oft nicht mehr möglich, obwohl es sich gerade für viele Pendler*innen anbieten würde: Mit dem Rad zum Bahnhof, weiter mit der Taunus- und S-Bahn und den restlichen Arbeitsweg wieder mit dem Rad – damit dies gelingt, brauchen wir einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr.

Manche Planungsfehler aus der Vergangenheit engen heute den Gestaltungsspielraum ein: Der Tunnel zwischen Grävenwiesbach und der Endstation Brandoberndorf war bis vor kurzem noch stark sanierungsbedürftig. Anstatt bei der Sanierung allerdings schon die Elektrifizierung weiterzudenken, stellt der neu sanierte Tunnel nun einen Engpass für weitere Ausbauten dar. Wir GRÜNE fordern, stärker mit Nachbarkreisen zusammenzuarbeiten um bestehende Bahnstrecken weiter nutzen zu können und stillgelegte Bahnabschnitte soweit möglich zu reaktivieren.

Durch die Unterstützung der schwarz-grünen Landesregierung kann der Ausbau der Regionaltangente West endlich verwirklicht werden. Dadurch entsteht eine attraktive ÖPNV-Verbindung zwischen dem Vordertaunus und dem Flughafen, samt den neu entstehenden Arbeitsplätzen um Gateway Gardens sowie den westlichen Industriestandorten. Wir GRÜNE werden uns weiterhin intensiv für den zeitnahen Bau dieser wichtigen Achse einsetzen und sicherstellen, dass aus diesem Großprojekt auch ein attraktives integriertes Mobilitätsangebot wird.

Wir GRÜNE halten es außerdem für wichtig, dass die ÖPNV-Verbindung zwischen Oberursel-Hohemark und Schmitten weiter gestärkt wird. Ob dies allerdings mit einer Seilbahn gelingen kann, ist fraglich. Durch eine vorrangig touristisch genutzte Bahn wird zusätzlicher Verkehr angezogen und hunderte von Parkplätzen müssen gebaut werden. Hier besteht in unseren Augen das Risiko, dass kein Verkehrsproblem gelöst wird, sondern ein neues entsteht.



Attraktive Verbindungen muss es auch abseits der Schiene geben

In der politischen Diskussion wird oft zwischen Vordertaunus und Usinger Land unterschieden. Nach den prognostizierten Bevölkerungszahlen verläuft die Trennlinie allerdings nicht am Taunuskamm, sondern entlang des Zugangs zum ÖPNV. Eine wachsende Bevölkerung haben vor allem Gemeinden zu erwarten, die mit dem ÖPNV gut erreichbar sind. So ist der Ausbau eines öffentlichen Verkehrsnetzes eine wesentliche Voraussetzung für die positive Weiterentwicklung des gesamten Hochtaunuskreises. Neben den Schulbussen brauchen wir passend getaktete Zubringerbusse zum schienengebundenen Nahverkehr. Für weniger nachgefragte Strecken und Zeiten sollen weitere Anruf-Sammel-Taxen zum Einsatz kommen. Sie stellen eine wichtige Ergänzung bei geringer Auslastung dar. Aber auch sogenannte Bürgerbusse können ein vielversprechender Ansatz im ländlichen Raum sein. So können Ortsteile an die Kernstadt angebunden werden und gerade ältere Menschen können ihre Einkäufe oder Arztbesuche erledigen.

Wir GRÜNE wollen, dass der Hochtaunuskreis Bürgerbus-Projekte zusätzlich finanziell unterstützt. Damit wird nicht nur ein Mehr an Mobilität gefördert, sondern auch das bürgerschaftliche Engagement und Miteinander gestärkt. Damit der Umstieg vom Auto hin zum ÖPNV vereinfacht wird, wollen wir GRÜNE den Menschen ab 65 Jahren die ihren Führerschein abgeben wollen, die Möglichkeit geben, das Seniorenticket (Hessen) ein Jahr kostenlos zu erhalten.

Wir wollen Infrastruktur für Radfahrer*innen aufbauen und verbessern

Mit E-Bikes und Pedelecs ist die Topographie des Hochtaunuskreises kein Hindernis mehr. Immer mehr Einwohner*innen entdecken auch hier, dass Fahrräder vor allem im Nahbereich ernstzunehmende Verkehrsmittel sein können. Dies als Chance zu begreifen, vor allem auch für Alltagsfahrten, bedeutet aber auch, dass beim Bau von Radverkehrsanlagen noch stärker an schnelle Radfahrer*innen mitgedacht werden muss. Wir GRÜNE fordern, an Umstiegs- und Zielpunkten attraktive, sichere Abstellplätze zu schaffen. Hier können und sollten auch Lademöglichkeiten vorgesehen werden, so dass „bike & ride“ sowie die Nutzung von Lastenfahrrädern bequeme und schnelle Alternativen zur Autofahrt werden können.



Elektromobilität ist eine Chance für sauberen Individualverkehr

Eine Zukunft ohne motorisierten Individualverkehr scheint derzeit nur schwer vorstellbar. Die Rhein-Main-Region ist Modellregion Elektromobilität. Der Hochtaunuskreis muss diese Chance nutzen, um sich besser zu vernetzen und ein integriertes elektromobiles Angebot zu schaffen. Wir GRÜNE fordern ein Konzept für Ladestationen, die Verknüpfung unterschiedlicher Mobilitätsangebote im Kreis und die zeitnahe Umstellung der Busflotte des Kreises auf Brennstoffzellen oder batterieelektrische Antriebe. Bis heute hat der Kreis dazu noch nichts vorgelegt, während andere Kreise und kreisfreie Städte längst mitten in der Umrüstung sind.



Der Hochtaunuskreis muss den Wohnungsmarkt entlasten

Um Wohnen auch für Einwohner*innen mit einem geringen Einkommen zu ermöglichen, muss der Hochtaunuskreis mehr Mut zu neuen Wohnprojekten aufbringen. Kreiseigene Grundstücksverkäufe müssen an Planungen von Mehrgenerationen-Häusern sowie barrierearmen oder alternativen Wohnprojekten

ausgerichtet sein und nicht am höchsten Verkaufspreis. Es müssen weitere Maßnahmen zur Beseitigung des Wohnungsmangels ergriffen werden. Dabei muss nicht nur in die Fläche gebaut werden – es kann auch zusätzlicher Wohnraum in bereits vorhandenen Bebauungen durch Verdichtung oder Aufstockung geschaffen werden. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass zukünftig verstärkt in preisgünstigen Wohnraum investiert wird, um insbesondere Angebote im Rahmen des SGB II zur Verfügung stellen zu können. Eine Entlastung im Niedrigpreissegment des Wohnraummarktes mindert so den erheblichen Preisdruck für andere Wohnungen und auch Menschen mit mittlerem Einkommen finden leichter eine Wohnung, die sie sich auch leisten können.

Der Kreis unterhält zusammen mit Städten und Gemeinden aus dem Usinger Land eine eigene Wohnungsbaugesellschaft, die Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Hochtaunuskreis. Deren Wohnungen sind mittlerweile leider vielfach nicht mehr in der Sozialbindung. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass dieses Unternehmen wieder verstärkt in neuen sozialen Wohnraum investiert und dabei auch gemeinschaftliche, barrierefreie und generationenübergreifende Wohnmodelle berücksichtigt. Gerade vor dem Hintergrund der prognostizierten Bevölkerungsentwicklungen sind künftig dazu passende Wohnangebote erforderlich.

Da die Einwohner*innen im Hochtaunuskreis statistisch gesehen immer älter werden, erscheint es umso wichtiger, für junge Menschen attraktiver zu werden. Deshalb fordern wir GRÜNE die Schaffung eines Wohnraumangebotes für junge Menschen z.B. in Kooperation mit der Hochtaunus Baugenossenschaft e.G.

Gesundheit

Der Erhalt der Gesundheit ist eine der zentralen Herausforderungen im Leben jedes Menschen. Wenn wir krank sind, ist es das oberste Ziel, wieder gesund zu werden. Wir GRÜNE wollen mit unserer Politik dazu beitragen, dass sowohl für den Erhalt der Gesundheit als auch für ihre Wiederherstellung alle nötigen Strukturen wohnortnah und niedrigschwellig zur Verfügung gestellt werden. Dabei wollen wir vor allem die Menschen in den Fokus nehmen, die sich täglich für unsere Gesundheit einsetzen.

Wir wollen wohnortnahe Grundversorgung ausbauen und kommunale Kliniken erhalten

Wir stehen für eine stationäre Gesundheitsfürsorge in kommunalen Krankenhäusern. GRÜNE bekennen sich klar zu allen drei Standorten der Hochtaunus-Kliniken. Gerade das Krankenhaus in Usingen leistet mit den Abteilungen Innere Medizin und Chirurgie eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Grundversorgung der Bevölkerung im Usinger Land. GRÜNE setzen sich für eine Kindernotfallversorgung an den Krankenhäusern in Usingen und Bad Homburg ein, damit auch außerhalb der Sprechstundenzeiten niedergelassener Kinderärzt*innen akute Erkrankungen unserer Kinder wohnortnah behandelt werden können. Ohne eine Änderung der Bettenbedarfsplanung im hessischen Krankenhausrahmenplan wird sich eine solche Notfallversorgung am besten im Rahmen einer Kindernotfallambulanz abbilden lassen.

Grundsätzlich darf die Beschaffungs- und Personalpolitik der Kliniken nicht primär von wirtschaftlichen Gedanken oder gar Gewinnerzielungsabsichten getrieben werden. Gerade in der Bewältigung der Anforderungen der COVID-19- Pandemie haben Ärzt*innen und Pflegepersonal sowie Angehörige anderer Berufsgruppen der Hochtaunus-Kliniken unter erschwerten Bedingungen Hervorragendes geleistet.



Ein integriertes Gesundheitssystem fördert bislang ungenutzte Potentiale

Gesundheitsfürsorge fängt allerdings nicht erst im Krankenhaus an. Die meisten Erkrankungen bedürfen keiner stationären Behandlung. Daher fordern GRÜNE auch eine Unterstützung der ambulanten Pflege und Medizin, des Pflegepersonals und niedergelassener Ärzt*innen, soweit die Kommunen und Kreise hierfür Sorge tragen können. Eine bessere Verzahnung und

Förderung der Kooperation zwischen den Krankenhäusern und den niedergelassenen Ärzt*innen soll zudem möglichst optimale Abläufe auf dem Weg in ein Krankenhaus sowie für die Behandlung danach gewährleisten.

Wir wollen eine vorsorgende Gesundheitspolitik statt teurer Behandlungen

Die beste Gesundheitsfürsorge setzt allerdings nicht bei Patient*innen an, sondern bei gesunden Menschen. Wir GRÜNE stehen auch in der Gesundheitspolitik für Nachhaltigkeit und damit vor allem auch für Prävention. Nicht zuletzt deswegen wollen wir Schadstoffeinträge in unsere Umwelt reduzieren sowie gesunde Ernährung und die Rolle des Fahrrads in unserer alltäglichen Mobilität fördern. Mit drei konkreten Projekten zur Förderung unserer Kinder und Jugendlichen wollen wir es ermöglichen, gesund erwachsen und alt zu werden:

1. „Mobil ohne Automobil“ ist eine von GRÜNEN in die Kreispolitik eingebrachte Initiative, die es Kindern erleichtern soll, den Schulweg mit eigener Kraft zu bewältigen
2. GRÜNE setzen sich für gesundes Schulessen ein. Gesundes Essen heißt, qualitativ hochwertige und regionale Nahrungsmittel zu wohlschmeckenden Gerichten zuzubereiten – das wollen wir an allen Schulen des Kreises gewährleisten – auch mit einer größeren Auswahl an vegetarischen Gerichten.

3. Wir GRÜNE entwickeln zusammen mit dem Sportkreis Hochtaunus ein Konzept für eine Verzahnung der Sportvereine mit den Schulen. Damit wollen wir tägliche Sportangebote für Schüler*innen ermöglichen, die sich besser in deren Alltag integrieren.



Ein starkes Gesundheitsamt ermöglicht eine bessere Gesundheitsversorgung

Wir GRÜNE sehen in der COVID-19-Pandemie auch eine Herausforderung für die kommunale Selbstverwaltung und drängen darauf, dass der Kreis und sein Gesundheitsamt dabei mithelfen, möglichst optimal dem Ausbruch weiterer Krankheitswellen vorzubeugen. GRÜNE haben in der vergangenen Legislaturperiode hier im Kreistag das richtige Vorgehen mit auf den Weg gebracht: Bei der Bekämpfung der Pandemie wird es darauf ankommen, insbesondere bei lokalen Ausbrüchen gezielt und schnell durch Testungen und Quarantänemaßnahmen reagieren zu können. Das Gesundheitsamt ist nach dem Infektionsschutzgesetz dafür zuständig und mit entsprechenden apparativen und personellen Ressourcen auszustatten.

Schule und Bildung

Schule ist vielseitig und neben den Lerninhalten wächst die Bedeutung der Ausstattung und anderer Rahmenbedingungen an den einzelnen Schulen. Wir GRÜNE wollen unsere Schulen in den nächsten Jahren bestmöglich und modern aufstellen. Allen Kindern soll ein Bildungsabschluss entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten möglich werden. Handicaps, Herkunft und das Haushaltseinkommen der Eltern dürfen bei den Bildungschancen der Kinder dabei keine Rolle spielen. Wir GRÜNE wollen eine Schule, die für Kinder und Jugendliche mit den unterschiedlichsten Fähigkeiten und Veranlagungen ein Ort der persönlichen Entfaltung ist. Wir wollen uns im Hochtaunuskreis für die dafür notwendigen Rahmenbedingungen einsetzen. Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht und unsere Gesellschaft braucht jedes Kind – egal mit welcher Begabung.



Wir wollen digitalen Unterricht an modernen Schulen

Die digitale Ausstattung an Schulen ist zum Lernen und Wissen aneignen essenziell – insbesondere die COVID-19-Pandemie hat dies gezeigt. Deshalb wollen wir GRÜNE in den nächsten Legislaturperioden Versäumnisse im Bereich der Digitalisierung aufholen. Um einen modernen Unterricht an den Schulen anbieten zu können, muss die IT-Infrastruktur adäquat sein. Die Kapazitäten reichen bislang aber nicht aus, sind vielerorts überhaupt nicht vorhanden. Wir GRÜNE wollen diese Infrastruktur daher kurzfristig massiv ausbauen. Passende Endgeräte müssen so selbstverständlich zur Verfügung gestellt werden, wie ausreichend bemessene Dienste für Videokonferenzen und Lernplattformen, WLAN in den Klassenräumen und ein zeitgemäßer Internetanschluss sowie eine moderne, den Anforderungen von Eltern und Schüler*innen entsprechende, Schulwebsite. Dies darf nicht von der Kompetenz eines Fördervereins abhängen, sondern muss koordiniert und möglichst einheitlich zentral gesteuert werden. Entscheidend für ein Gelingen der Umstellung zum digitalen Unterricht ist allerdings auch ein qualifizierter und zeitnaher IT-Support – ohne dass Lehrkräfte ihre immer knapper werdende Zeit noch selbst für die Administration opfern müssen. Wir GRÜNE setzen uns daher für die Anstellung entsprechender Fachkräfte ein, die an allen Schulen des Hochtaunuskreises entsprechende Unterstützung anbieten können – per E-Mail, Chat, Telefon oder vor Ort.

Eine inklusive Schulgemeinschaft braucht qualifiziertes Personal

Die Inklusion ist ein wichtiges Anliegen von uns GRÜNEN. Barrierefreiheit ist zwar glücklicherweise schon an vielen Schulen im Kreis gewährleistet, allerdings funktioniert echte Inklusion leider noch nicht überall. Dies wird durch die COVID-19-Pandemie noch verschärft. Damit alle Kinder gleichermaßen geübt im Umgang mit digitalen Medien werden, muss eine qualifizierte Unterstützung angeboten werden, mit dem Ziel, dass Teilhabe für alle Kinder möglich ist. Oft sollen Teilhabeassistent*innen diesen Anspruch erfüllen, die dafür nicht ausgebildet sind, so dass Lehrer*innen in diesem Bereich zusätzliche Arbeit entsteht. Wir GRÜNE fordern entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen für Teilhabeassistent*innen, verbunden mit einem dementsprechend angepassten Verdienst. Familien mit höherem Unterstützungsbedarf sollen durch entsprechend qualifizierte Teilhabeassistent*innen und durch die Nutzung von Räumen der Schule entlastet werden. Der Pakt für den Nachmittag bietet gute Voraussetzungen, eine Chancengleichheit für alle Schüler*innen zu erreichen.

Im Bereich der Schulsozialarbeit sind inzwischen die meisten Schulen im Hochtaunuskreis rudimentär ausgestattet. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur inklusiven Schulgesellschaft – wir GRÜNE sehen hier allerdings Bedarf für zusätzliche Stellen und wollen prüfen, wie viel zusätzlicher Bedarf tatsächlich besteht und wie wir hier kurzfristig zusätzliche Kräfte zur Verfügung stellen können.

Wir wollen unsere Schulgebäude weiterentwickeln

Auch die Schule als Gebäude selbst ist im Wandel und muss moderneren Standards nicht nur im Energiebereich, sondern auch z.B. hinsichtlich geeigneten Differenzierungsräumen oder barrierefreien Zugängen entsprechen. Die COVID-19- Pandemie hat außerdem gezeigt, wie wichtig Waschbecken in allen Klassenräumen sind und wie sinnvoll Lernräume außerhalb des klassischen Klassenzimmers sein können. Wir GRÜNE wollen „grüne Klassenzimmer“ an Schulen, bei denen die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Das heißt: Schulgärten und Verschattung sowie ausreichend Sitzgelegenheiten, um Klassen außerhalb des Schulgebäudes unterrichten zu können.



Berufliche Schulen bieten großartige Chancen

Die Schullandschaft im Hochtaunuskreis lebt von den vielen verschiedenen Schulangeboten. Diese Vielfalt wird benötigt, um junge Menschen in den verschiedensten Bereichen qualifizieren zu können und allen Schüler*innen ein individuell passendes Bildungsangebot machen zu können. Deshalb ist die Arbeit der Berufsschulen und beruflichen Gymnasien im Hochtaunuskreis so wertvoll und muss weiter gefördert werden. Oft mangelt es den vorhandenen Alternativen zum klassischen Abitur als Hochschulzugangsberechtigung an Bekanntheit. Wir GRÜNE wollen daher, dass der Hochtaunuskreis im Rahmen von Berufsorientierungsveranstaltungen an allen Schulen im Kreis wesentlich besser über die Angebote von Feldberg-, Hochtaunus- und Saalburgschule informiert.

Schüler*innen und Eltern müssen beteiligt werden

Zu einer gut funktionierenden Schulgemeinschaft gehört auch die Beteiligung der Schüler*innen. Daher fordern wir GRÜNE, dem Kreisschüler*innenrat in den relevanten Ausschüssen des Kreises Gehör zu verschaffen. Über den Kreiselternbeirat sind die Eltern im schulischen Kontext schon heute beteiligt. Dies gilt bisher allerdings nicht selbstverständlich für die Nachmittagsbetreuung ihrer Kinder. Wir GRÜNE wollen Elternbeiräten auch hier eine grundsätzliche Teilhabe ermöglichen und fordern die gleichen Vertretungsrechte wie sie in Bezug auf den Schulbetrieb bestehen.

Kinder, Jugend und Familie

Kinder sind unsere Zukunft und ihre Zukunft liegt in unseren Händen. Darum setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass Bildungs- und Betreuungsangebote im Kreis höchsten Qualitätsansprüchen gerecht werden. Wir wollen, dass die Kinderbetreuung im Kreis Eltern im Alltag entlastet und als frühkindliche Bildung den Grundstein für Chancengleichheit im späteren Leben der Kinder legt. Ein demographisch alternder Kreis muss sich durch Förderung von Familien aktiv verjüngen und auch Jugendlichen eine Stimme geben. Sie sollen ihre Interessen einbringen können und die Gesellschaft, in der sie leben, mitgestalten.



Wir wollen die Zusammenarbeit mit Interessengemeinschaften fortsetzen

Wir GRÜNE haben in der Vergangenheit in enger Zusammenarbeit mit den Tagespflegepersonen und -fachberatungen für die gute Situation der Tagesmütter und -väter gestritten, die wir im Hochtaunuskreis mittlerweile vorfinden.

Die langjährige GRÜNE Forderung nach einer pauschalierten und transparenten Bezahlung, inklusive Regelungen für Urlaub und Krankheit, sind mittlerweile Bestandteil der entsprechenden Satzung. Wir wollen sicherstellen, dass eine jährliche Evaluierung erfolgt. Darüber hinaus wollen wir durch Förderung gemeinsam genutzter Räumlichkeiten Synergien schaffen, um bestehende Vertretungsregelungen zu erweitern und zusätzliche Angebote zur Verfügung zu stellen, wo Platz der limitierende Faktor ist.

Strukturen müssen der Qualität dienen

Tagespflege ist ein unverzichtbarer und elementarer Bestandteil der Betreuungsmöglichkeiten im Hochtaunuskreis. Tagespflegepersonen sichern die Vielfalt der unterschiedlichen Betreuungsmöglichkeiten. Der Kreis setzt die Rahmenbedingungen, unter denen die Tagespflegepersonen als selbständige Unternehmer*innen Kinder betreuen. Um den Beruf zu fördern und so weitere Betreuungsplätze zu schaffen, fordern wir, dass der Hochtaunuskreis im Austausch mit den Tagespflegepersonen die Rahmenbedingungen überprüft und so attraktiv gestaltet, dass die Anzahl der Tagespflegepersonen wieder steigt. Dies betrifft insbesondere die Höhe der Bezuschussung als auch die Abrechnungsverfahren.

Der Hochtaunuskreis unterhält darüber hinaus mit der KiT GmbH eine kreiseigene Gesellschaft, die sowohl Kindertagesstätten unterhält, als auch die Hortbetreuung an Grundschulen organisiert. Im Gegensatz zu privaten Trägern unterliegen sie nicht den Vorgaben des Kinderförderungsgesetzes. So müssen Betreuende eine größere Anzahl von Kindern betreuen und können manche Qualitätsstandards nicht erfüllen. Wir GRÜNE fordern die Voraussetzungen des Kinderförderungsgesetzes auch auf die Betreuungsangebote durch die KiT GmbH anzuwenden, sowie Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der Betreuung zu ergreifen. Dazu gehört zu jeder Einrichtung ein pädagogisches Konzept, das auch evaluiert wird. Wichtig ist es ebenfalls, Maßnahmen zu ergreifen, dass Betreuungspersonen nicht täglich wechseln, um eine kontinuierliche und qualitativ hochwertige Betreuung zu sichern. Jährliche Berichte über die Arbeit der einzelnen Betreuungsgruppen stellen eine Transparenz der Arbeit dar. Zudem ermöglichen diese einen Überblick über Herausforderungen und deren Lösungen zu erlangen.



Jugendliche verdienen Mitsprache

Jugendliche haben den größten Teil ihres Lebens in Bildungseinrichtungen verbracht. Bildung ist ihr Alltag. Sie wachsen in unserer Gesellschaft zu mündigen Bürger*innen heran und sind sich früh ihrer Interessen und Bedürfnisse bewusst. Zwar dauert es bei einigen bis weit nach Erreichen der Volljährigkeit, bis sie Interesse an Politik und an der Gestaltung der Gesellschaft, in der sie leben, entwickeln, andere gestalten jedoch schon Jahre vorher mit Begeisterung und Engagement ihr Umfeld mit. Die politische Mitsprache hängt allerdings zu unserem Bedauern immer noch an der Volljährigkeit. Wir GRÜNE fordern die Einrichtung eines Jugendparlaments auf Kreisebene, um diesen Umstand abzumildern und Jugendlichen die Mitsprache zu ermöglichen, die sie als Mitglieder unserer Gesellschaft verdienen. Wir wollen Jugendlichen ermöglichen, frühzeitig bei der Planung und Umsetzung von Projekten mitzuwirken und mitzuentcheiden.



Bildrechte: Europäisches Jugendparlament in Deutschland e.V.

Frauen und Gender

Gesellschaftliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern existieren und sind nicht wegzudiskutieren. Vor allem zwischen Männern und Frauen hat die Sozialforschung längst Unterschiede bei Gehalt, Karrierechancen, Erziehungs- und Pflegezeiten und vielem mehr festgestellt. Viele dieser Unterschiede sind selbstverstärkend und liegen in den historischen Geschlechterrollen und immer noch existierenden Stereotypen begründet, die nicht zuletzt auch sprachlich immer noch bestätigt und gefestigt werden. Diese Faktoren beeinflussen unser gesellschaftliches Frauenbild und das Selbstbild der Frauen.

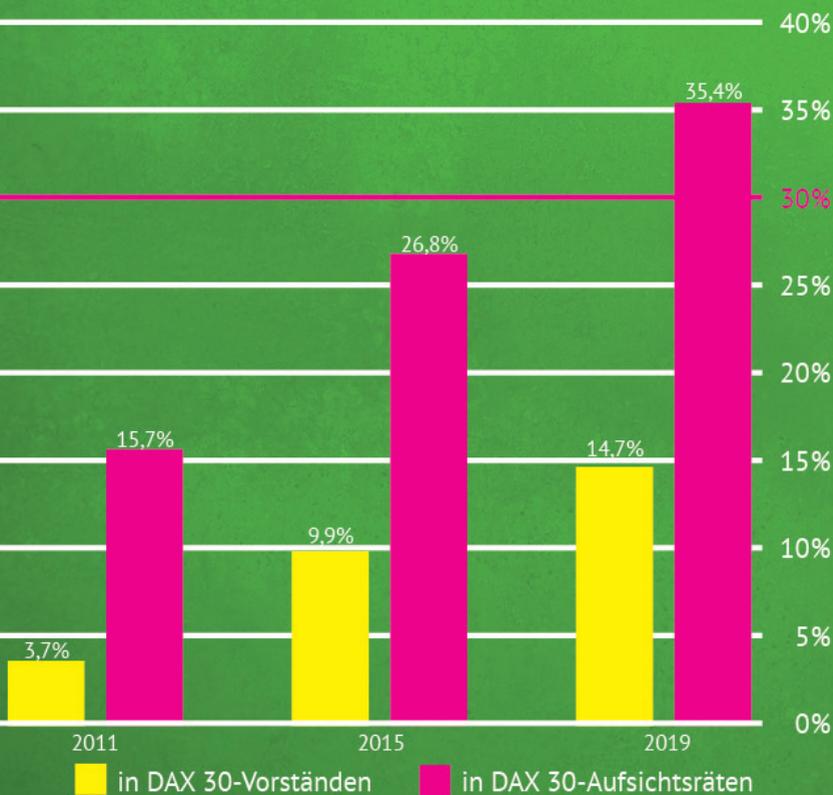
Die Aufgabe der Politik ist, sich bestehender Unterschiede bewusst zu sein, daraus resultierende Nachteile aktiv auszugleichen und damit den gesellschaftlichen Wandel hin zur sozialen Gleichstellung aktiv zu unterstützen.

Gleichberechtigung ist nur der Anfang

Gleiche Rechte für Frauen und Männer sind nur der erste Schritt zur Chancengleichheit. In Diskussionen um aktive Frauenpolitik wird oft darauf verwiesen, dass wir längst Gleichberechtigung

hätten und Frauenpolitik daher unnötig sei. Wir GRÜNE fordern daher Frauenquoten für Führungspositionen in der Verwaltung und in kreiseigenen Betrieben, Gesellschaften und Beteiligungen sowie für deren Aufsichtsräte. Wir fordern die Aktualisierung von Frauenförderplänen und deren Einführung im eigenen Wirkungskreis, wo es noch keine gibt. Wir fordern, dass nicht formale Gleichberechtigung, sondern tatsächliche Chancengleichheit das Ziel aktiver Frauenpolitik im Hochtaunuskreis wird.

FRAUENANTEIL IN DAX30 UNTERNEHMEN



Schutz vor Gewalt muss selbstverständlich sein

Gewalt an Frauen ist immer noch alltäglich. Jede dritte Frau in Deutschland ist mindestens einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen. Dabei ist es in den meisten Fällen die häusliche Gewalt, die vom direkten Partner oder Ex-Partner ausgeht.

Wir GRÜNE fordern, Frauen, die Gewalt erleben oder von Gewalt bedroht sind, sollen unabhängig ihrer Herkunft, ihrer finanziellen Situation, ihres Gesundheitszustandes und ihres Aufenthaltstitels Schutz und Unterstützung für sich und ihre Kinder finden. Dazu müssen ausreichend Kapazitäten in Frauenhäusern vorgehalten werden. Wir GRÜNE fordern daher die Einrichtung und Unterstützung eines weiteren Frauenhauses im Kreis, vorzugsweise im Usinger Land. Zudem steigt die Verweildauer in den Frauenhäusern aufgrund des problematischen Wohnungsmarktes. Auch hier sind die Bemühungen um günstigen Wohnraum zu intensivieren.

Wir wollen die Gesellschaft aktiv öffnen

Sexualität ist vielfältig und divers, jeder Mensch sollte deshalb die Chance haben, seine geschlechtliche und sexuelle Identität so leben zu dürfen, wie es der Persönlichkeit entspricht. Ein Bewusstsein und die Akzeptanz für verschiedenste Lebensentwürfe muss langfristig in der Gesellschaft verankert werden.

Inklusive Gesellschaft

Wir GRÜNE sehen die größte Stärke unserer Gesellschaft im gemeinschaftlichen Füreinander eintreten. Wir erkennen an, dass jeder Mensch unterschiedliche Bedürfnisse hat und wollen den öffentlichen Raum und gesellschaftliche Strukturen so gestalten, dass möglichst alle Menschen am öffentlichen Leben teilhaben können. Mit Empathie und der gebotenen Sensibilität wollen wir unterstützen, wenn Menschen Unterstützung brauchen, ohne dabei zu bevormunden oder das Gefühl zu vermitteln, dass diese Unterstützung mit einer „Schuld“ einhergeht. Wer auf die Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen ist, hat genug Probleme. Die nötige Unterstützung zu bekommen, sollte die Last nicht noch vergrößern.

Wir GRÜNE setzen uns daher für einen Mentalitätswechsel ein: Weg von einer Sozialpolitik, die Menschen unterstellt, ihre vermeintlich privaten Probleme zu Problemen der Gemeinschaft zu machen. Hin zu einer inklusiven Gesellschaftspolitik, in der die Gemeinschaft die Bewältigung problematischer Lebenslagen Einzelner als Gemeinschaftsaufgabe begreift.

Für uns GRÜNE ist eine solche offene, inklusive Gesellschaft der Inbegriff sozialer Gerechtigkeit und ein zentrales Ziel unserer Politik.



Auch im reichen Hochtaunus gibt es Armut

Arm zu sein ist eine große Last und sie wird umso größer, wenn man in einer so reichen Region wie dem Hochtaunuskreis lebt. Für Menschen mit geringem Haushaltseinkommen stellen vor allem die teuren Grundbedürfnisse Mobilität und Wohnen eine Herausforderung dar. Durch Ankauf zusätzlicher Belegungsrechte sowie Förderung genossenschaftlichen Wohnungsbaus wollen wir GRÜNE dieses Problem zumindest etwas entschärfen. Darüber hinaus kommt gerade Menschen mit geringerem Einkommen eine Mobilitätspolitik zugute, die günstige Fortbewegungsmittel wie Fahrräder stärker berücksichtigt und einen verlässlichen öffentlichen Personennahverkehr stärkt.

Eine starke Gemeinschaft ist der beste Schutz gegen Extremismus

Eine inklusive, starke Gemeinschaft ist der schlechteste Nährboden für Extremismus aller Art. Wir GRÜNE wollen durch sozialen Zusammenhalt dafür sorgen, dass Extremismus in unserem Kreis keine Chance hat. Zusätzlich wollen wir entsprechende Präventionsprogramme mit allen politischen Mitteln unterstützen. Darüber hinaus fordern wir, dass in der Kreisverwaltung ein*e Mitarbeiter*in als Ansprechperson für Rassismus und Extremismus eingesetzt und geschult wird, um entsprechende Beschwerden aufzunehmen und weiterzugeben.

Wir GRÜNE stehen für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft, in der kein Platz für Antisemitismus, Rassismus und Faschismus ist. Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung verteidigen wir gegen ihre Feinde.



Unterstützung darf keine Hürden aufbauen

Ob Menschen physische oder psychische Probleme haben, ob sie ihren Arbeitsplatz gerade erst verloren haben oder seit längerem keinen finden, ob sie als Alleinerziehende Probleme haben, Familie und Beruf zu vereinen und dabei noch genug Einkommen zu generieren oder ob der Verdienst trotz Mindestlohn nicht reicht, um alle Grundbedürfnisse abzudecken – all das sind Situationen, in denen es guttut, eine Gemeinschaft um sich zu haben, auf die man sich verlassen kann. Unser Ziel als GRÜNE ist es, dass Antragstellenden im Jobcenter eine zielgerichtete und schnelle Bearbeitung ihrer Anträge erfahren, dass sie konkrete Ansprechpersonen erhalten und es zeitnah zu einer Entscheidung über ihr Anliegen kommt. So wird Unzufriedenheit vorgebeugt und den Menschen eine Perspektive geboten. Wichtig ist es, dass Menschen mit Behinderung auch inklusive Angebote erhalten.

Wir wollen mehr Unterstützung für Menschen mit Behinderung

Die Oberurseler Werkstätten sind im Hochtaunuskreis ein großer Arbeitgeber für Menschen mit Behinderung. Wir GRÜNE fordern, dass die Anstrengungen, diese in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren, deutlich intensiviert werden. Wir GRÜNE fordern, zeitnah eine fundierte und plausible Bedarfsfeststellung, ob eine Zweigstelle der Oberurseler Werkstätten im Usinger Land für die Menschen mit Behinderung eine gute Chance auf einen wohnortnahen Arbeitgeber ist sowie ihre persönliche Entwicklung fördert. Die Unterstützung beschränkt sich bei Menschen mit Behinderung aber selbstverständlich nicht auf das Arbeitsleben.

Auch privat, zum Beispiel im Bereich der Kindererziehung, wird Unterstützung benötigt. Hier wollen wir den Bedarf für zusätzliche Assistenzangebote überprüfen und, falls nötig, entsprechende Angebote erweitern. Diese und ähnliche Unterstützungen werden von Teilhabeassistent*innen geleistet, die oft wenig berufliche Perspektiven haben. Auch an diesem Punkt wollen wir ansetzen und ein Qualifizierungskonzept entwickeln, das diese Perspektiven ermöglicht.

Alter braucht Flexibilität

Alter ist in vielerlei Hinsicht mit Jugend vergleichbar. Beide Phasen des Lebens sind durch starke Veränderungen geprägt. So verschieben sich mit dem Alter oft die Prioritäten und Bedürfnisse. Körperliche Einschränkungen oder gar der Tod des Partners oder der Partnerin führen dazu, dass die eigene Wohnung oder das eigene Haus nicht mehr zur Lebenssituation passen und Einsamkeit zum ständigen Begleiter wird.

Wir GRÜNE setzen uns daher dafür ein, vielfältige Angebote für Wohnen im Alter zu schaffen und zu unterstützen, um flexible Angebote machen zu können, wenn „weiter wie bisher“ nicht mehr passt.

Gerade im Alter ist für viele auch das Auto nicht mehr das Verkehrsmittel der Wahl. Hier wollen wir Alternativen unterstützen, die Mobilität im Nahbereich ermöglichen, wenn auch das Fahrrad keine Option mehr ist.

Eine starke Gemeinschaft muss Hilfe leisten

Einige unserer Mitmenschen sind erst seit Kurzem bei uns und haben in den letzten Monaten und Jahren während der Flucht aus ihren Heimatländern mehrfach großes Leid, Demütigung und Ablehnung erfahren. Einige Mitbürger*innen geben ihr Bestes, um diesen Menschen so gut es geht zu helfen und Integration möglich zu machen. Auch viele Unternehmen sehen Geflüchtete als Bereicherung für unsere Gesellschaft, bilden sie aus und geben ihnen Arbeit. Es fehlt aber vor allem an spezialisierter psychologischer Hilfe. Um die Erfahrungen der letzten Monate und Jahre aufzuarbeiten und um mit der aus politischen Gründen unsicheren Zukunft fertig zu werden, benötigen Geflüchtete umfassende psychosoziale Betreuungsangebote, insbesondere Kinder und Jugendliche. Wir GRÜNE fordern eine Erweiterung der psychosozialen Betreuung, die Anstellung zusätzlicher Sprachmittler und die Einbeziehung der Streetworker*innen in den Kommunen.

Der Hochtaunuskreis muss aus Sicht der GRÜNEN ein sicherer Hafen für Flüchtlinge werden und muss sich bei Initiativen (u.a. Seebrücke), die dies fördern, engagieren.



Tourismus, Kultur und Sport

Das Leben hat unzählige Facetten und es ist ein wundervoller Teil unserer menschlichen Natur, dass wir diese Facetten auf unterschiedlichste Weise erkunden. Tourismus, Kultur und Sport sind verschiedene Wege, die wir ihrerseits auf verschiedenste Art ausleben wollen. Die Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie haben uns mehr als deutlich gezeigt, wie wichtig diese Bereiche unseres Lebens sind. An Tourismus, Kultur und Sport hängen etliche Arbeitsplätze und ein großer Teil unserer Lebensfreude. Wir wollen dieser Lebensfreude die politische Aufmerksamkeit zukommen lassen, die ihr gebührt. Dabei ist uns eine Vielfalt an Angeboten genauso wichtig wie die Transparenz bei der Förderung durch den Kreis. Wir sehen großes Potenzial in digitalen Formen der Unterstützung und glauben, dass der Sport in unserem Kreis vor allem durch bessere Integration in den Alltag von Schüler*innen profitieren würde. Dazu wollen wir im Hochtaunus die Arme für alle Menschen offenhalten und die Schönheit unserer Region mit ihnen teilen. Hierbei setzen wir, wie sonst auch, vor allem auf Nachhaltigkeit, damit möglichst viele Menschen davon profitieren und auch zukünftige Generationen diese Schönheit noch genießen können.

Kultur lebt durch Vielfalt

Die Vielfalt der Menschen in unserem Kreis spiegelt die Reichhaltigkeit unserer kulturellen Angebote. Das sollte nicht nur bei der Förderung kultureller Angebote durch den Kreis berücksichtigt, sondern aktiv durch Entwicklung neuer Angebote für Jugendliche begünstigt werden. Selbstverständlich sind Jugendliche dabei von Anfang an einzubeziehen. Insbesondere im Bereich der Unterstützung junger Bands sowie der schreibenden und bildenden Künste sehen wir GRÜNE Unterstützungsbedarf für ein breites Angebot, von dem wir letztlich alle profitieren würden.

Kulturprojekte sind für uns mehr als bloße Freizeitbeschäftigung. Kulturelle Teilhabe und Bildung sind die Grundlage einer inklusiven Gesellschaft. Kultur bringt uns zusammen, lässt uns gemeinsam staunen, lachen und genießen. Diese Erlebnisse bilden den sozialen Kitt, mit dem wir unseren Zusammenhalt stärken. Vielfalt zu fördern ist daher nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern bietet zusätzliche Chancen für unsere Gemeinschaft. Wir GRÜNE fordern daher, die Kulturförderung auszubauen und zusätzliche Angebote einzurichten, wo diese noch fehlen.



Veranstaltungen brauchen Sichtbarkeit

Ob Musik oder Theater, bildende oder schreibende Kunst – alle Kunst lebt von der Bühne. Die Darbietung kultureller Beiträge ist auf Sichtbarkeit angewiesen. Dabei ist die Internet-Präsenz des Hochtaunuskreises ständig zu überarbeiten und weiter auszubauen, um mehrsprachige Angebote zu erweitern.



Kulturförderung muss transparent bleiben

Kultur verdient Förderung durch öffentliche Gelder. Das steht für uns außer Frage. Wir GRÜNE fordern allerdings, dass die Vergabe transparent zu erfolgen hat. Ziel muss es sein, dass es sachliche und fachliche Kriterien gibt, wonach Gelder aus Gesellschaften des Kreises oder anderen Institutionen vergeben werden. Diese Kriterien müssen öffentlich einsehbar sein, so dass Initiativen, Vereine oder Institutionen sehen können, ob ihre Anliegen oder ihre Projekte Aussicht auf Förderung haben. Es ist einmal jährlich ein Bericht abzugeben, welche Vereine oder Institutionen Gelder erhalten haben. Die Förderungskriterien sind ständig zu überarbeiten und anzupassen. So wollen wir GRÜNE die Kulturförderung transparenter und demokratischer gestalten.

Sportvereine und Schulen sollen voneinander profitieren

Sport ist nicht nur ebenso Ausdruck von Kultur wie Musik und Theater, er bringt uns noch dazu an die Grenzen unserer körperlichen Leistungsfähigkeit und darüber hinaus. Sport hält uns fit und gesund, bietet den physischen Ausgleich zum langen Sitzen im Beruf oder in der Schule und stärkt, ebenso wie kulturelles Engagement jeder anderen Art, das Gemeinschaftsgefühl. Leider haben wir immer weniger Zeit für Sport. Gerade Schüler*innen finden zwischen Präsenzunterricht bis in den Nachmittag und Hausaufgaben bis in den Abend oftmals kaum noch Zeit für Sportvereine. Mit einer Koordinationsstelle, die Sportangebote in das schulische Leben integriert oder die Sportangebote durch Vereine mit Schulaktionen verknüpft, würden alle Schüler*innen davon profitieren.

Tourismus

Wir alle lieben unseren Taunus – die Natur, die Menschen, die gut erhaltenen Altstädte, den Hessenpark und die Saalburg, die Lochmühle, den Opelzoo und viele weitere Attraktionen, die weit über unseren Kreis hinaus bekannt sind. Tourismus hat einen hohen Wert in unserem Kreis und trägt zu unserem Wohlstand bei. Wir erkennen an, dass die Förderung des Tourismus im Kreis bereits sehr gut läuft. Wir GRÜNE sehen allerdings deutlichen Handlungsbedarf bei den Themen Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit. Tourismus bringt neben vielen positiven Effekten auch Verkehr und Müll mit sich. Viele Arbeitsplätze in der Branche werden darüber hinaus vor allem saisonal angeboten

und sind schlecht bezahlt. Darum setzen wir GRÜNE uns für ein nachhaltiges Tourismuskonzept ein und wollen den Hochtaunus als nachhaltige Tourismusregion zertifizieren lassen. So sollen zusätzliche Touristen angezogen werden, denen unsere Umwelt genauso am Herzen liegt wie uns selbst und es soll sichergestellt werden, dass der Tourismus unsere Lebensgrundlagen nicht überlastet.

Der Verkehr zu stark frequentierten Attraktionen, u.a. dem Feldbergplateau, stellt in vielerlei Hinsicht ein Problem dar. Der Verkehrslärm beeinträchtigt entlang der bewohnten Straßen die Lebensqualität deutlich. Zudem gibt es immer wieder, teils schwere, Verkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kommen. Wir GRÜNE fordern, dass die in der Vergangenheit durch den Hochtaunuskreis in Zusammenarbeit mit den Städten getroffenen Maßnahmen weitergeführt werden. Dazu gehört eine Verkehrsberuhigung an neuralgischen Unfallschwerpunkten, Lärmmessungen und intensive Verkehrskontrollen. Die testweisen Sperrungen des Feldbergplateaus für den motorisierten Individualverkehr sowie die Überwachungen der Ausweichrouten sind fortzuführen und zu evaluieren, um so die Region sowohl für Besuchende als auch für Anlieger attraktiv zu erhalten.



Finanzen

Das wichtigste Gütekriterium öffentlicher Haushalte ist Transparenz gegenüber den Einwohner*innen, deren Steuergelder sie finanzieren. Diese Transparenz soll Kontrolle ermöglichen und Vertrauen schaffen, denn Vertrauen ist das Fundament unserer Demokratie. Die finanzielle Situation des Hochtaunuskreises ist stark geprägt von den vielen Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt ist oder die er betreibt. Gerade durch diese wird aber ein großer Teil der öffentlichen Mittel der transparenten demokratischen Kontrolle entzogen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, mehr Transparenz herzustellen und mehr parlamentarische Kontrolle zu ermöglichen. Wir stehen für Nachhaltigkeit in jedem Bereich, vor allem beim Umgang mit öffentlichen Mitteln.

Klimaschutz ist nicht teuer sondern wertvoll

Es ist ein Mythos, der sich hartnäckig hält: Klimaschutz ist teuer. Natürlich kosten die meisten Maßnahmen Geld, keine Frage. Allerdings stehen diesen Kosten sowohl vermiedene Ausgaben für Klimafolgenanpassung als auch oftmals direkte Einsparungen bei laufenden Kosten entgegen. Wie hoch die Ausgaben für Klimafolgenanpassung sein werden, wenn nichts passiert, können Expert*innen nur grob abschätzen – hier stehen allerdings dramatische Summen im Raum. Doch schon bei der bloßen Betrachtung des mittelfristigen Einsparpotenzials

schneiden Klimaschutzmaßnahmen oft äußerst positiv ab. Zahlreiche Kreise konnten durch Einführung eines kommunalen Energiemanagements bereits große Summen einsparen. Eine lange GRÜNE Forderung wurde mittlerweile erfüllt: die Einführung eines kommunalen Energiemanagements, um insbesondere im Zusammenhang mit unseren kreiseigenen Liegenschaften Kosten zu sparen und das Klima zu schützen. Um dies auch tatsächlich zu erreichen, fordern wir eine Intensivierung des Verfahrens und die Definition von Einsparpotentialen anhand geeigneter Vergleichszahlen.



Der Energieverbrauch und auch der Wasserverbrauch von Schulen und anderen kreiseigenen Gebäuden sind sehr unterschiedlich. Hier gibt es noch immense Einsparpotentiale. Von bloßen Nutzungshinweisen über den Austausch alter Elektrogeräte und Beleuchtungen bis hin zu größeren Investitionen wie besseren Isolierungen oder neuen Heizsystemen gibt es eine große Bandbreite an Maßnahmen, die sich mittelfristig positiv auf den Kreishaushalt auswirken würden.

Bei der Stromversorgung müssen erneuerbare Energien den Vorrang haben. Die Nutzung von Photovoltaik rechnet sich bei vor Ort verbrauchtem Strom fast immer, gerade wenn nur wenig Strom ins öffentliche Versorgungsnetz eingespeist wird. Wir GRÜNE fordern, dass die Potenziale durch die Installation von weiteren Photovoltaikanlagen auf allen geeigneten kreiseigenen Gebäuden genutzt werden. Mittlerweile sind zudem die Preise für Ökostrom gesunken, so dass eine klimafreundliche Reststromversorgung kaum teurer sein wird als aktuelle Stromlieferverträge – nicht nur deshalb muss bei der nächsten Stromausschreibung auf 100% Ökostrom umgestiegen werden.

Neben der Stromversorgung spielt auch die Wärmeversorgung gerade bei Schulen eine große Rolle. Wir GRÜNE wollen, dass der Hochtaunuskreis Städte und Gemeinden bei der Prüfung aktiv unterstützt, zu prüfen, inwiefern die Schaffung lokaler Nahwärmeangebote in der Nähe der Schulen sich für alle Beteiligten rechnen könnte.

Doch auch im Bereich der Energieeffizienz soll sich das Engagement nicht auf die kreiseigenen Liegenschaften beschränken. Der Hochtaunuskreis hat im Gegensatz zu anderen Landkreisen kein eigenes Energiekompetenzzentrum. Wir GRÜNE fordern, dass der Hochtaunuskreis endlich eine eigene qualifizierte Anlaufstelle für die Bereiche Energieeffizienz und Energieeinsparung einrichtet.

Mit öffentlichen Mitteln muss verantwortungsvoll umgegangen werden

Im Prinzip hat der Hochtaunuskreis Aufgaben zu übernehmen, die eine kreisfreie Stadt allein erledigt, die aber kleinere Gemeinden organisatorisch überfordern würden. Die meisten finanziellen Mittel des Kreises, die Kreis- und die Schulumlage, werden daher auch von seinen Gemeinden aufgebracht. Der Hochtaunuskreis schöpft hierbei die gesetzliche Höchstgrenze voll aus. Auf Seiten der Gemeinden wiederum sind Kreis- und Schulumlage oft die mit Abstand größten Einzelaufwendungen, die bei der vorherrschenden Finanznot so kaum noch getragen werden können. Sozialleistungen und Schulträgeraufgaben sind typische Beispiele für die an den Kreis übertragenen Aufgaben, die gemeinsam finanziert werden müssen. Das Schulbauprogramm ist mit der größte Ausgabenposten im Kreishaushalt. Trotz hoher Verschuldung leistet sich der Hochtaunuskreis bei den Schulen allerdings sehr teure Ausstattungen und Architektenwettbewerbe, anstatt durch effizientere und günstigere Bauweise das Programm zügig abzuarbeiten. Auch bei der Digitalisierung in den Schulen hat der Kreis auf supportaufwändige Smartboards gesetzt, anstatt ein ganzheitliches Digitalkonzept vorzulegen, das neben der IT-Ausstattung auch ausreichend Support-Personal und Fortbildung der Lehrer*innen berücksichtigt. Wir GRÜNE fordern einen verantwortungsvolleren Umgang mit öffentlichen Mitteln. Gut ausgestattete Schulen sind essenziell für die Zukunft, aber die neusten Prestigebauten des Kreises sind schlecht durchdacht und waren viel zu teuer.

Wir haben die höchste Pro-Kopf-Verschuldung im hessischen Schuldenranking

Bei dem Pro-Kopf-Einkommen seiner Einwohner*innen erreicht der Hochtaunuskreis mit Abstand den höchsten Wert aller hessischen Kreise, bei den Pro-Kopf- Steuereinnahmen immerhin noch Platz 5. Trotz dieser beständig hohen Einnahmen hatte der Hochtaunuskreis aber Ende 2019 eine Schuldenlast von € 606.212.774,26 zu tragen und damit eine Pro-Kopf-Verschuldung von € 2.530.

Der Hochtaunuskreis darf seinen Wohlstand nicht länger auf Kosten der zukünftigen Generationen finanzieren. Wir GRÜNE fordern eine umfassende Sanierung des Kreishaushalts. Das schließt neue Schulden nicht aus, wenn sie dem Schutz unseres Klimas dienen oder als Investitionen geeignet sind, den Schuldenabbau langfristig zu unterstützen. Die Konsolidierung des Haushalts darf nicht weiter aufgeschoben werden. Mit Haushaltsüberschüssen sollte der Abbau der Schulden fortgeführt werden, ebenso wie eine moderate Ermäßigung der Kreisumlage durchgeführt werden.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf unsere künftigen Haushalte sind noch nicht absehbar. Die Haushaltsgenehmigung des Regierungspräsidiums Darmstadt spricht dazu allerdings eine klare Sprache und weist darauf hin, dass bei Eintrübung der Konjunktur und rückläufigen Erträgen der Schuldendienst auch in wirtschaftlich angespannten Zeiten erbracht werden muss.

Kreiswirtschaft muss transparent werden

Der Hochtaunuskreis ist an einer Vielzahl von Unternehmen und Organisationen beteiligt. Der vorgeschriebene Beteiligungsbericht wird jedoch regelmäßig weder zeitnah vorgestellt noch ist er eine gute Informationsquelle für das Kreisparlament und die Öffentlichkeit. Bis heute ist kaum ersichtlich, was mit den einzelnen Beteiligungen konkret inhaltlich oder finanziell erreicht werden soll. Dabei steht der Hochtaunuskreis, zusätzlich zu seiner hohen Verschuldung, allein für RMD und RMA bereits mit Ausfallbürgschaften von über 190 Mio. Euro in der Verantwortung. Außerdem fehlen wichtige Kennzahlen und Informationen über Risiken. Andere Landkreise sind hier offener und steuern zielgerichteter. Wir GRÜNE fordern, dass in den Fachausschüssen über die wesentlichen Eigenbetriebe und wirtschaftlichen Beteiligungen sowie deren Ziele und Strategien ausführlich diskutiert wird. Dazu muss allerdings der Beteiligungsbericht endlich zeitnah mit finanziellen Kennzahlen und Risiken vorliegen.



Defizitäre Beteiligungen sind intransparente Nebenhaushalte

Belastet wird der Haushalt des Kreises vor allem auch durch die defizitären Beteiligungen, insbesondere bei den Hochtaunus-Kliniken und dem Verkehrsverbund Hochtaunus. Diese Verluste müssen über den Kreishaushalt von allen mitgetragen werden. Für eine weitere Beteiligung, die RMD, ursprünglich zur Mülldeponienachsorge gegründet, muss der Kreis laufend Bürgschaften abgeben, damit ihre Liquidität gehalten werden kann.

Problematisch ist, dass die Einflussnahme der demokratisch gewählten Gremien auf diese Gesellschaften nur noch eingeschränkt über die nichtöffentlichen Aufsichts- und Verwaltungsräte möglich ist. Was das bedeutet, wird bei der Hochtaunus-Kliniken gGmbH deutlich: Der Kreistag hat 2011 den Neubauten im Public-Private-Partnership-Verfahren zugestimmt, nachdem ihm ein Wirtschaftsplan vorgelegt worden war, der ab 2016 Gewinne auswies. In der Folgezeit konnte der Kreistag nur noch Jahr für Jahr um viele Millionen Euro höhere Verluste als seinerzeit prognostiziert zur Kenntnis nehmen; der vorausgesagte Gewinn von 2016 und den Folgejahren ist mittlerweile zu einem auf Dauer angekündigten Verlust von circa zehn Millionen Euro pro Jahr geworden.

Die GRÜNEN werden sich weiterhin intensiv dafür einsetzen, dass bei der Steuerung und Kontrolle der ausgelagerten Aufgaben der Daseinsvorsorge die demokratisch gewählten Gremien einbezogen werden.

Sie möchten unsere politische Arbeit unterstützen?

Wir freuen uns über Ihre Spende.

Spenden an:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Hochtaunus

Nassauische Sparkasse

IBAN DE79 5105 0015 0245 0414 11

BIC NASSDE55XXX

Stichwort: Kommunalwahl 2021

www.gruene-hochtaunus.de



IMPRESSUM

Herausgeberin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Hochtaunus

V. i. S. d. P.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Hochtaunus
vertreten durch Regina Schirner und Christian Tramnitz,
Holzweg 14, 61440 Oberursel

Layout und Gestaltung

Sascha Planz

Druck und Papier

gemeindebriefdruckerei.de, gedruckt auf Recyclingpapier
aus 100% Altpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltsiegel
„Blauer Engel“



